
5047/J XXVIII. GP

Eingelangt am 02.03.2026

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Christian Lausch
an den Bundesminister für Inneres
betreffend **Große Sicherheitslücke**

Am 19. Februar 2026 konnte man in der Tageszeitung „Krone“ Folgendes lesen:

„Wien: Unbekannte klettern für Video auf Häfn-Dach

Auf TikTok kursieren derzeit Videos, die für Aufsehen sorgen. Offenbar ist es mehreren Personen gelungen, eine Sicherheitslücke auszunutzen und auf das Dach der Justizanstalt Wien-Josefstadt zu klettern. Das Justizministerium ist zwar informiert, hat bislang aber keine zusätzlichen Maßnahmen ergriffen.

Eigentlich sollte man annehmen können, dass das größte Gefängnis Österreichs eines der sichersten Orte im ganzen Land ist. Doch diese Vermutung scheint wackelig: Auf TikTok kursieren derzeit zahlreiche Videos, die auch der „Krone“ vorliegen, und das „graue Haus“ aus nächster Nähe filmen. Was steckt dahinter?

Über Baugerüst aufs Dach geklettert

Laut „Krone“-Informationen hat sich der Vorfall bereits Ende November bzw. Anfang Dezember zugetragen. Es dürfte sich dabei um vier maskierte Personen gehandelt haben, die von der Landesgerichtsstraße aus über ein Baugerüst – die Justizanstalt wird seit 2023 saniert – auf das Dach des neben der Justizanstalt gelegenen Gerichtsgebäudes kletterten. Offenbar war es nicht das einzige Mal: Ein TikTok-Account veröffentlichte über längere Zeit Videos vom Dachbereich, auf denen die Personen herumlaufen und auf die Hafträume zoomen.

WEGA im Einsatz

Die Unbekannten sollen anschließend von der Spezialeinheit WEGA – vermutlich im Bereich des Besucherzentrums – vom Dach geholt worden sein. Wie ein Insider aus der Josefstadt der „Krone“ gegenüber bestätigte, befanden sich die „Kletterer“ jedoch zu keinem Zeitpunkt direkt auf dem Dach der Justizanstalt. Dieses ist nämlich aus Sicherheitsgründen durch massive Stacheldrahtrollen vom Gerichtsgebäude getrennt.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Das Justizministerium ist auf Anfrage der „Krone“ informiert und setzt derzeit bauliche, technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen um. Die ORF-„Zeit im Bild“ betonte in einem Beitrag, dass bei solchen waghalsigen Aktionen Gegenstände ins Gefängnis geschmuggelt werden könnten.“¹

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an den Bundesminister für Inneres nachstehende

Anfrage

1. Gab es Hinweise darauf, dass Gegenstände in die Justizanstalt eingebracht oder zu Insassen hinabgelassen wurden?
 - a. Wenn ja, welche Gegenstände?
2. Bestand bei diesem Vorfall eine Gefährdung von Öffentlichkeit, Bediensteten oder Insassen?
3. Welche Rolle spielte die Spezialeinheit WEGA beim Einschreiten?
4. Wann erfolgte der Einsatz der Spezialeinheit WEGA?
5. Gab es Festnahmen?
 - a. Wenn ja, wie viele?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
6. Wurden Anzeigen erstattet?
 - a. Wenn ja, welche Delikte wurden angezeigt?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
7. Wie viele dieser unbefugten Personen wurden aufgegriffen und polizeilich erfasst?
8. Welche Nationalitäten haben diese unbefugten Personen?
9. Wurden diese unbefugten Personen nach der Festnahme in die Justizanstalt eingeliefert?
 - a. Wenn ja, wie viele?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
10. Wie viele dieser unbefugten Personen konnten flüchten?
11. Welche Kosten sind dem Bund durch den Einsatz sowie durch nachträgliche Sicherheitsmaßnahmen entstanden?
12. Müssen diese Personen die Kosten des Einsatzes bezahlen?
 - a. Wenn nein, warum nicht?
13. Wurde geprüft, ob durch Videoaufnahmen aus dem Dachbereich sensible Sicherheitsinfrastruktur dokumentiert und veröffentlicht wurde?
 - a. Wenn ja, welche?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
14. Welche Maßnahmen werden künftig ergriffen, um vergleichbare Sicherheitslücken bei laufenden Bauarbeiten in Justizanstalten zu verhindern?
15. Besteht aktuell eine Gefährdung der Sicherheit der größten Justizanstalt Österreichs?

Sollten einzelne Antworten einer Vertraulichkeit bzw. Geheimhaltung unterliegen, wird ersucht, diese unter Einhaltung des Informationsordnungsgesetzes klassifiziert zu beantworten.

¹ <https://www.krone.at/4051066> (aufgerufen am 20.02.2026)